

Schlussbetrachtung und Ausblick: Neue Öffentlichkeitsakteur*innen und sich wandelnde mediale Sichtbarkeit von Migration auf translokaler Ebene

Zusammenfassung der empirischen Datenanalyse

Die von mir untersuchten neuen Öffentlichkeitsakteur*innen bewegen sich in einer Teilöffentlichkeit, die von einflussreichen Gatekeeper*innen aus Politik, Wirtschaft und Medien kontrolliert wird, welche die kritische Sichtbarmachung von Migration nach Saudi-Arabien auf unterschiedlichen Ebenen erschweren. Dieses Spannungsverhältnis wurde in der Auswertung der Empirie von [Kapitel 5-8](#) analysiert. So wird der für die Öffentlichkeitsakteur*innen relevante Teilbereich der Öffentlichkeit auf einer ersten Ebene durch das sensible, ambivalente und asymmetrische bilaterale Verhältnis zwischen Saudi-Arabien und Pakistan bestimmt, was eine kritische und diskursive Auseinandersetzung mit dem „Bruderstaat“ Saudi-Arabien limitiert (vgl. [Kapitel 5](#)). Das Königreich dient einerseits als Projektionsfläche politischer Hoffnungen, als Garant von Sicherheitsinteressen und wirtschaftlicher Stabilität, andererseits als Förderer kultureller und religiöser Indoktrination sowie als Katalysator der Rivalität mit Iran auf pakistanischem Boden, sodass ihm eine ambivalente Schlüsselrolle für die Deutungshoheit von einflussreichen Akteur*innen zukommt. Der saudische Partner wird von den neuen Öffentlichkeitsakteur*innen als notwendiges Übel für das Überleben des pakistanischen Staates eingeschätzt, obwohl sie die kulturelle, religiöse, politische und wirtschaftliche Einflussnahme auf unterschiedlichen Ebenen als kontraproduktiv für die gesellschaftliche Entwicklung Pakistans im Allgemeinen und explizit für ihre beruflichen Tätigkeiten bewerten. Vor dem Hintergrund dieser Rahmenbedingungen stehen sie unter enormen Druck, was ihr öffentliches Engagement einschränkt und konditionalisiert. Deswegen hoffen sie auf eine zunehmende Diversifizierung der pakistanischen Außenpolitik und einer damit einhergehenden Distanzierung der pakistanischen Gatekeeper*innen aus Politik und Wirtschaft vom saudischen „Bruderstaat“. Dafür lassen sich erste Anzeichen erkennen, was zu einer kritischeren Diskussion über

das bilaterale Verhältnis führen und damit auch die öffentliche Tabuisierung Saudi-Arabiens aufbrechen könnte.

Diese Sensibilität auf politischer, militärischer, wirtschaftlicher und kultureller Ebene im Beziehungsgeflecht zu Saudi-Arabien beeinflusst die Potenziale der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen, Migration sichtbar zu machen, wie in [Kapitel 6](#) ausgeführt wurde. Migration wird als wirtschaftliches Potenzial zur Einnahmegenerierung verhandelt und von einem „mindset der commercialisation“ getrieben. Akteur*innen wie die Rekrutierungsagenturen bestimmen und kontrollieren die Migrationsprozesse nach Saudi-Arabien (sowie in andere golf-arabische Aufnahmeländer), was zu prekären Arbeitsbedingungen, struktureller Gewalt und Ausbeutung der Migranten führt. Darin sehen die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen einen gravierenden Missstand, unter dem die Migranten und ihre Angehörigen leiden. Das *Kafāla*-System und die kriminellen Patronagenetzwerke bestimmen aus Sicht der Akteur*innen die Lebenswirklichkeiten der Migranten und ihrer Angehörigen und führen zu ihrer Ausbeutung und Kriminalisierung sowie zu einer Institutionalisierung von Gewalt. Sie positionieren sich vor diesem Hintergrund als kritische Mahner einer verfehlten pakistanischen Migrationspolitik, zeigen jedoch gleichzeitig deutliche Resignation gegenüber der allgegenwärtigen Deutungshoheit der *Milbus*-Gatekeeper*innen und ihrem Kontrollmonopol. Somit wird die Sichtbarkeit von Migration auf einer zweiten Ebene limitiert.

Diese beiden Ebenen rahmen die Aushandlungsmöglichkeiten von Migration im Teilbereich der pakistanischen Öffentlichkeit: Vor dem Hintergrund des fragmentierten und limitierten Mediensystems, in welchem sich die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen bewegen (müssen), bleiben weitere Räume zur Sichtbarmachung von Migration verschlossen (vgl. [Kapitel 7](#)). Die zunehmende Kommerzialisierung des Mediensystems hat zu hohen Zugangshürden geführt, die öffentliche Arena zu Migration betreten zu können, wie staatliche Zensurmaßnahmen, Profitorientierung und die prekären Arbeitsbedingungen für Öffentlichkeitsakteur*innen zeigen. Kritische Themen zu Migration erfahren kaum Eingang in die mediale Öffentlichkeit, weil Repräsent*innen aus Politik und Wirtschaft, die Rekrutierungsagenturen und Chefredaktionen, der ISI und das Militär eine solche Diskussion verhindern. Die mediale Tabuisierung Saudi-Arabiens sowie das weit verbreitete „Event Reporting“ reglementieren und konstituieren die mediale Arena zu Migration in der pakistanischen Öffentlichkeit. Statt sich der strukturellen Probleme des Migrationsprozesses zu widmen, findet nur eine oberflächliche mediale Diskussion statt, die sich auf Sensationsgier, sozialer Hierarchisierung und Stigmatisierung der Migranten als Selbstverantwortliche ihrer eigenen Misere stützt, anstatt eine offene, differenzierte und kritische Diskussion zuzulassen. Darauf reagieren die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen mit dem Versuch, in begrenzter Form gegen das System aufzubegeh-

ren, suchen aber gleichzeitig auch den Austausch und den Ausgleich mit politischen Gatekeeper*innen, um Zugänge zu vermachteten Arenen zu erhalten.

Auf dieser dritten Ebene bündeln sich die Problemfelder der ersten und zweiten Ebene und spiegeln sich in einer limitierten medialen Öffentlichkeit zu Migration wider. All diese bestehenden Beschränkungen prägen und beeinflussen das mediale Engagement der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen, die in Form von Agendasetting und mithilfe diverser Medienpraktiken und -strategien ihre Anliegen, die migrationsrelevanten *issues*, damit sichtbar und verhandelbar werden lassen wollen. In Form dieses adaptierten Agendasettings „rahmen“ die untersuchten Akteur*innen ihre Anliegen, um sie in der ihnen zugänglichen Öffentlichkeit zu platzieren, indem sie provozieren und Missstände adressieren. Ihr Ziel ist es, kritische Diskussionen zu Migration zu forcieren, zu initiieren und medial zu visualisieren, um damit eine größere *Awareness* bei den relevanten Gatekeeper*innen in Medien und Politik zu generieren und sich selbst als neue Sprecher*innen in der Arena zu Migration zu positionieren. Dafür entwickeln sie die in [Kapitel 8](#) vorgestellten Medienstrategien und -praktiken, die darauf abzielen, einerseits ihrer Schutzverantwortung für die Migranten und ihrer Angehörigen nachzukommen und sie auf zukünftige rechtliche, kulturelle und alltägliche Herausforderungen im Zielland vorzubereiten. Andererseits wollen sie mediale und politische Vermittler*innen gewinnen, die als Sprachrohre für ihr *issue* „Migration“ fungieren sollen. Die Organisation von Medienkampagnen der untersuchten NRO gemeinsam mit politischen Vertreter*innen und ausgewählten Journalist*innen, das Ziel, sich enger mit politischen Akteur*innen und untereinander zu vernetzen und der Versuch, über digitale Medien eigene Anliegen sichtbar zu machen bzw. zu framen, prägen das mediale Engagement der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen auf unterschiedlichen Ebenen. Dabei verfolgen sie dasselbe Ziel – Sichtbarmachung von kritischen Aspekten zu Migration in der pakistanischen Öffentlichkeit –, nutzen aber unterschiedliche Instrumente und richten sich an unterschiedliche Zielgruppen. Ihr Ansinnen ist es somit, tabuisierte Sichtbarkeit von Migration aufzubrechen und selbst als neue Sprecher*innen zu diesem *issue* wahrgenommen und akzeptiert zu werden.

Ausgehend von den in [Kapitel 5-8](#) evaluierten empirischen Ergebnisse sollen in der Schlussbetrachtung relevante Ergebnisse generalisiert werden, um dadurch theoretische Plausibilität herzustellen und Raum für weiterführende Forschung vorzustellen. Es ist beabsichtigt, die akteurszentrierte Sichtweise der empirischen Analyse im Sinne der zu generierenden Theorie weiterzuentwickeln und zu interpretieren. Die empirisch erhobenen Ergebnisse werden auf eine abstraktere Metaebene gehoben, die aus vier Schlüsselkategorien (Alheit 1999; Meuser/Nagel 2005; Bogner et al. 2014) besteht, welche der Beantwortung der Fragestellungen dienen und sich aus dem Datenmaterial ergeben haben:

- Neue Öffentlichkeitsakteur*innen in hybriden Arenen des Teilbereichs pakistanischer Öffentlichkeit zu Migration: Triebkräfte des medialen Wandels;
- Keine Genese von Gegenöffentlichkeit: Adressierung der Gatekeeper*innen durch die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen;
- Verortung im nationalstaatlichen Container: Brachliegendes translokales Potenzial zur Sichtbarmachung von Migration;
- Zukunftsperspektiven bei der translokalen Sichtbarmachung von Migration in Form von „dissonanten Öffentlichkeiten“: Transmigranten als neue Sprecher

Neue Öffentlichkeitsakteur*innen in hybriden Arenen des Teilbereichs pakistanischer Öffentlichkeit zu Migration: Triebkräfte des medialen Wandels

Die von mir untersuchten neuen Öffentlichkeitsakteur*innen fungieren als Triebfedern eines schrittweisen medialen Wandels innerhalb des von mir untersuchten Teilbereichs der pakistanischen Öffentlichkeit, da sie in einer hierarchisierten und durch zentrale Gatekeeper*innen kontrollierten Arena zu Migration eindringen. Trotz der beschriebenen Zugangsbeschränkungen streben sie danach, als neue Sprecher*innen bzw. mediale Multiplikatoren gehört, gesehen, verstanden und ernst genommen zu werden, was für sie eine wesentliche Herausforderung ihres Schaffens darstellt.

Begrenzte Zugänge zur medialen Arena zu Migration wirken sich direkt auf die Deutungshoheit der jeweiligen Expert*innen aus, die zwar über das Wissen, die Erfahrung und auch über die Fähigkeit verfügen, ihre Anliegen zu artikulieren. Allerdings agieren sie in einem Umfeld, welches dieses Potenzial limitiert, ignoriert und politisiert; potenzielle Sprecher*innen wurden zu Konsument*innen degradiert. Es hat sich im Sinne Habermas ein „Meinungsklima“ entwickelt (1990: 321), in dem „Kulturkonsum“ durch Privatisierung und Monopolisierung gefördert (1990: 248) und die Bildung von kritischer Öffentlichkeit zu Migration aufgrund dieser „vermachteten Arenen“ verhindert wurde.

So geraten die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen in die Situation, ihrer Experten- bzw. Sprecherfunktion nicht nachkommen und damit Migration weder sicht- noch hörbar machen zu können. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, entwickeln sie adaptierte Medienstrategien und -praktiken und setzen eigene Agenden, mit denen sie den angestrebten Arenenzugang zunehmend erreichen wollen. Thematisch platzieren bzw. framen sie die in ihrem Interesse liegenden *issues*, die vor allem die prekären Arbeitsbedingungen und die „Ausbeutungskultur“ innerhalb des pakistanischen Migrationsprozesses

nach Saudi-Arabien umfassen. Sie streben danach, den Verdrängungswettbewerb in der medialen Arena zu Migration für sich zu entscheiden, um damit Aufforderungscharakter herzustellen und die traditionellen Sprecher*innen unter Handlungsdruck zu setzen.

Die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen lassen sich somit nicht nur als Sprecher*innen für Migration verorten, sondern fungieren auch als ihre Prophet*innen, indem sie ihre Anliegen in Form von Medienkampagnen, der Organisation von Medienevents, der Nutzung von sozialen Medien, der Adressierung von medialen Vermittler*innen wie den untersuchten Journalist*innen und der Gewinnung von Sprachrohren aus Politik und Justiz in der Arena zu Migration verankern wollen. Durch die zunehmende Unterstützung durch externe Geber, die die Ressourcen der untersuchten Akteur*innen erhöhen, ihrer intrinsischen Motivation und einer zunehmenden Differenzierung der öffentlichen Diskussion zu Migration nach und dem bilateralen Verhältnis zu Saudi-Arabien entstehen neue Räume, die die untersuchten Öffentlichkeitsakteur*innen verstärkt für ihr mediales Engagement zu Migration nutzen. In Bezug auf Migration treten sie demnach der dominierenden „Marketingkultur“ in der vermachteten Arena entgegen. Dadurch wird das Konzept von Öffentlichkeit um neue Handlungsakteur*innen im pakistanischen Kontext erweitert. Durch sie wird die Arena der Öffentlichkeit zu Migration herausgefordert und in Frage gestellt, was zum einem als Verdienst der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen gelten kann, andererseits aber auch auf den sich transformierenden Teilbereichen der pakistanischen Öffentlichkeit basiert, deren Zugänge deutlich fluider geworden sind als in der Vergangenheit. Der untersuchte Prozess verdeutlicht somit auch die Hybridität des Mediensystems, welches als pluralistischer, diverser und heterogener beschrieben werden kann, als bislang vermutet.

Dazu trägt auch die zunehmende Digitalisierung der pakistanischen Öffentlichkeit bei, was für die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen ein weiteres Instrument darstellt, kritische Aspekte von Migration sichtbar werden zu lassen: Online-Aktivismus, *Twitter*-Kampagnen, Live-Übertragungen von Informationsveranstaltungen bei *Facebook* sowie digitale Beschwerdesysteme für Migranten und ihre Angehörigen erweitern das Portfolio der Medienpraktiken und ihr Agendasetting. Weiterhin vernetzen sie sich mit Vermittler*innen aus massenmedialen Formaten, ergänzen diese Praktik mit digitalen Kommunikationsstrategien und kombinieren die Adressierung traditioneller Massenmedien mit der Nutzung von Online-Medien. Insbesondere MRC und JPP konzentrieren sich verstärkt auf den Einsatz digitaler und sozialer Medien, wie anhand der Analyse in [Kapitel 8](#) deutlich wurde. Diese Verschränkung unterschiedlicher Medienstrategien wird zukünftig neue Zugänge zu öffentlichen Arenen öffnen und das Deutungsmonopol der Gatekeeper*innen anfechten. Wie diese neue Offenheit genutzt, instrumentalisiert oder beschränkt wird, muss das Engage-

ment der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen noch zeigen. Allerdings gliedert sich diese Beobachtung ein in die kontroverse Forschungsdiskussion um die Qualität und Zugangsfreiheit von Diskursen in Online-Kontexten, die vielfach ambivalent bewertet werden (vgl. Halpern und Gibbs 2013; Ruiz et al. 2011).

Weiterhin führt die zunehmende Digitalisierung bei allen Öffentlichkeitsakteur*innen dazu, ehemalige Mitglieder des Publikums zu neuen Sprecher*innen aufsteigen zu lassen: Einerseits besitzen sie die notwendigen Ressourcen und operationalisieren traditionelle Medienpraktiken, andererseits nutzen sie neue Formen der digitalen Kommunikation wie soziale Medien, Blogs und Online-Foren, mit deren Hilfe sie ihre Sprechfähigkeit ausbauen. Damit fungieren sie als Triebkräfte einer sich verändernden pakistanischen Öffentlichkeit. Sie können in einer zunehmend digitalisierten Gesellschaft auf neue Möglichkeiten der Kommunikation zurückgreifen. Dies ermöglicht es ihnen, die traditionelle Trennung zwischen Produzenten und Rezipienten aufzuheben, Rollenverteilungen von Sprecher*innen, Vermittler*innen und Publikum neu zu definieren, um neue Knoten für Austausch und Interaktivität entstehen zu lassen. Diese Hybridfunktion erlaubt es ihnen, das Publikum als Sprecher*innen *und* Vermittler*innen zu adressieren, was eine neue pakistanische Öffentlichkeit konstituieren kann. So fungieren z. B. die von mir untersuchten Journalist*innen als mediale Vermittler*innen zu Migration für ein öffentliches Publikum, bilden aber zunehmend auch ein Netzwerk mit den anderen Sprecher*innen aus der Zivilgesellschaft.

Dass dieses Engagement der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen zumindest indirekt Einfluss auf hochrangige politische Entscheidungsebenen nehmen kann, zeigt der in [Kapitel 5](#) bereits geschilderte Besuch des saudischen Kronprinzen Muḥammad b. Salmān in Pakistan im Februar 2019. Während dieses Besuchs artikulierte der pakistanische Premierminister Imran Khan (reg. seit 18. August 2018) die Forderung an die saudische Regierung, 2.107 derzeit im Königreich inhaftierte pakistanische Migranten freizulassen (vgl. Ahmed, 18.02.2019; *The News*, 18.02.2019)¹²⁵ – eine Forderung, der sich von den untersuchten neuen Öffentlichkeitsakteur*innen vor allem JPP verschrieben hat. Daraufhin sagte der Kronprinz ihre Freilassung zu (vgl. *Reuters*, 18.02.2019), was von Khan in einem *Tweet* begrüßt wurde:

„Crown Prince Mohammed bin Salman won the hearts of the people of Pakistan when he said ‚consider me Pakistan’s ambassador to Pakistan‘ in

¹²⁵ Bereits im März 2018 hatte die damalige pakistanische Regierung mit Saudi-Arabien und China ein Abkommen zur Rückführung von Gefangenen vereinbart, ohne dass diese jedoch realisiert worden war.

response to my asking him to treat the 2.5mn Pakistani's working in KSA as his own" (@ImranKhanPTI, *Twitter*, 18.02.2019).¹²⁶

JPP kommentierte diese Entscheidung ebenso positiv:

„JPP welcomes Saudi Arabia's order to release 2,107 Pakistani prisoners. This is a welcome first step and we hope that the PTI administration continues its work to ensure the protection of Pakistani migrant workers" (@JusticeProject_, *Twitter*, 18.02.2019).

Noch vor dem Besuch b. Salmāns hatte JPP eine Medienkampagne initiiert, die an ihren Projekten „Bring them back“ und „Caught in the Web“ anknüpfte: So twitterte JPP am 18. Februar unter den Hashtags *#CrownPrinceinPakistan*, *#MigrantWorkers* und *#PakistanisImprisonedAbroad*: „We hope that both Pakistani and the Saudi government will take concrete steps to provide immediate and long-term relief to Pakistanis facing imprisonment and/or capital punishment in KSA“ (@JusticeProject_, *Twitter*, 18.02.2019). Weiterhin forderte Muhammad Usman, Mitarbeiter von JPP, in einem Meinungsartikel vom 15. Februar 2019 in *The Dawn* ein Abkommen zum Gefangenaustausch mit Saudi-Arabien (*prisoner transfer agreement*, PTA) und formulierte folgende Kritik:

„Our governments of the past have taken no notice of these prisoners' situation, providing little in the way of legal or financial assistance (...) The government has an obligation to afford the protection of the law to all Pakistanis wherever they may be, as per the Constitution, especially those who face the harshest punishments“ (Usman, 15.02.2019).

Diese Episode kann zwar nicht die direkte Einflussnahme der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen auf politische Entscheidungen belegen, zeigt aber eindrucksvoll, dass tabuisierte Themen wie die Inhaftierung von pakistanischen Migranten in Saudi-Arabien Eingang in die Arena der pakistanischen Öffentlichkeit finden können, sollten sie mit politischen Interessen, medialer Aufmerksamkeit und sozioökonomischen Herausforderungen vereinbar sein. Trotz der komplexen Rahmenbedingungen lässt sich eine differenzierte Öffentlichkeit zu Migration erreichen, was den Erfolg der „Arenenakteur*innen“ wahrscheinlicher werden lässt. Immerhin werden sie dadurch befähigt, ihre Anliegen auf der Galerie auszuhandeln.

¹²⁶ Im April 2019 verkündete die Parliamentary Secretary für Overseas Pakistanis and Human Resource Development, Javaria Zafar Aheer, dass der pakistanische diplomatische Dienst in stetigem Austausch mit Saudi-Arabien stehe, um die Freilassung der Gefangenen zu realisieren und eine Vereinbarung zum Schutz pakistanischer Staatsangehöriger im Königreich angestrebt werde (vgl. *Associated Press of Pakistan*, 24.04.2019).

Keine Genese von Gegenöffentlichkeit: Adressierung der Gatekeeper*innen durch die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen

Da sich die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen als Sprecher*innen und Prophet*innen der marginalisierten Migranten und ihrer Angehörigen verstehen, streben sie einerseits danach, in ihrem Sinne die vermachteten Arenen zu betreten, womit sie andererseits allerdings auch die dort präsenten traditionellen Sprecher*innen bedrängen. Durch die erweiterten Ressourcen, ihre migrationspezifischen Anliegen sichtbar werden zu lassen, wächst somit das Potenzial, in Auseinandersetzungen mit den Gatekeeper*innen zu geraten, die ihre Machtposition bedroht sehen. Solche Konflikte können in einem volatilen politischen, medialen und wirtschaftlichen Umfeld wie in Pakistan für die untersuchten Öffentlichkeitsakteur*innen existenzgefährdende Folgen haben: Einschüchterung, Bestechung, Restriktionen und Kooption stellen klassische Instrumente der Gatekeeper*innen dar, unliebsamen Kritikern zu begegnen, um ihr Machtmonopol zu bewahren. Dieser Gefahr setzen sich die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen umso mehr aus, da sie zu dem tabuisierten und sensibilisierten Thema „Migration nach Saudi-Arabien“ arbeiten. Trotzdem zeigen sie sich daran interessiert, die Hoheitskontrolle der Informationsvermittlung zu diversifizieren: Bislang verfügten zumeist die Rekrutierungsagenturen über die Ressourcen, den Migranten Informationen zur Auswanderung zukommen oder vorenthalten zu können. Daraus entsteht eine im Sinne von Froilan/Naufal „asymmetry of information“ (2016: 8), welche den Gatekeeper*innen nutzt, um ihre Machtposition und ihre Vorrangstellung gegenüber den Migranten auszubauen bzw. zu konsolidieren. Bestimmte Faktoren wie fehlende bilaterale Rekrutierungsvereinbarungen, Regierungskoordination, überwachte Rekrutierungsprogramme oder mangelnder politischer Wille bei den beteiligten Akteur*innen tragen dazu bei, diese asymmetrische Bereitstellung von Informationen zu forcieren. Dies führt im Resultat zu prekären Arbeitsbedingungen und ist integraler Bestandteil des *Kafāla*-Systems.

Die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen wollen dieses Verhältnis zugunsten der Migranten verschieben: Durch die Bereitstellung von zusätzlichen Informationen in Form von Orientierungskursen, über ihre Webseiten und die sozialen Medien, mithilfe von Medienaktivitäten und gemeindebasierten Projekten zielen sie darauf ab, den Migranten weiterführende Informationen zum Rekrutierungsprozess zu vermitteln und schwächen damit das Deutungsmonopol der Gatekeeper*innen. Insbesondere JPP fungiert hier als Vorreiter, da die Organisation mit ihren Kampagnen „Bring them back“ bzw. „Caught in the Web“ eine explizit digital konzipierte Strategie anwendet. Ähnliches kann auch für PANOS South Asia konstatiert werden, während sich die MRC und vor allem

das RC noch in der Entwicklungsphase einer nachhaltigen Online-Medienstrategie befinden.

Zwar erfolgte bislang keine strukturierte Diffamierung der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen in Form von Hasskommentaren, Shitstorms oder gezielter Falschdarstellung (vgl. Ben-David und Matamoros-Fernandez 2016; Hafez 2017; Rost et al. 2016) durch die Gatekeeper*innen. Umso mehr sie jedoch ihre Sichtbarkeit auch in sozialen Medien erhöhen und umso erfolgreicher ihre medienstrategischen Konzepte bei der Generierung von medialer Aufmerksamkeit sind, desto höher ist die Gefahr, dass die Polarisierung der Diskussion um Migration nach Saudi-Arabien und die Diffamierung der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen zunehmen könnten.

Vor diesem Hintergrund könnten die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen eigentlich eine Gegenöffentlichkeit bilden, die sich gegen die Deutungshoheit der Gatekeeper*innen richtet, lehnen dies aber in ihrer Selbstwahrnehmung ab. Unter Berücksichtigung der theoretischen Konzepte zu Gegenöffentlichkeit muss diese Perspektive jedoch hinterfragt werden. Immerhin fordern sie bestehende Narrative, Deutungsmuster und Handlungsmuster heraus und geraten vielfach mit den traditionellen Gatekeeper*innen aneinander. Egalitäre Rahmenbedingungen sind keineswegs eine Voraussetzung für gegenöffentliches Handeln. Stattdessen braucht es den Mut und die Courage bestimmter Akteur*innen, sich gegen die Hegemonie eines Diskurses in der Öffentlichkeit aufzulehnen und herauszufordern. Diese Eigenschaften finden sich bei den untersuchten neuen Öffentlichkeitsakteur*innen. Ihr Ziel, eine differenzierte, kritische Öffentlichkeit zu Migration herzustellen, könnte sie somit im theoriegebundenen Sinne zu Vertreter*innen einer Gegenöffentlichkeit werden lassen. Insbesondere ihr Engagement in den sozialen Medien – welches vor allem bei den untersuchten NRO evident wird – prädestiniert sie im Sinne von Kopetzky, als Akteur*innen einer Gegenöffentlichkeit bezeichnet zu werden: „Durch die Interaktivität des Web 2.0 werden die neuen Medien zum Sprachrohr der Bevölkerung und ermöglichen es, Gegenöffentlichkeit schnell und kostengünstig herzustellen“ (2015: 2).

Diese Einschätzung muss allerdings sofort wieder abgeschwächt werden: Zwar ist die Schaffung einer neuen „Klagemauer der Frustrierten“ (Leguizamó 2010: 35) und die Sichtbarmachung von marginalisierten Gruppen – den Migrant*innen – in der medialen Arena das Hauptanliegen der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen, doch bedienen sie sich dafür zumeist konventioneller Praktiken, die ein englischsprachiges elitenzentriertes Publikum, welches zumeist aus den Gatekeeper*innen besteht, adressieren. Außerdem handelt es sich bei den neuen Öffentlichkeitsakteur*innen keineswegs um per se marginalisierte Außenseiter, sondern um potenzielle Multiplikatoren, die über das notwendige Kapital verfügen, mit dem sie ihre Anliegen zur Aushandlung stellen. Als Mit-

arbeiter*innen von NRO, internationalen Initiativen und als Journalist*innen verfügen sie über Ressourcen wie Bildungsstand, finanzielle Unterstützung, institutionelle und interpersonale Netzwerke oder Kontakte zu den offiziellen Gatekeeper*innen, was ihnen einerseits den Zugang zur medialen Arena zu Migration gewährt, sie andererseits aber auch signifikante Ähnlichkeiten zu den traditionellen Sprecher*innen aufweisen. Sie können also nicht als Außenseiter bezeichnet werden, sondern bewegen sich stattdessen in derjenigen medialen Teilöffentlichkeit, zu der sie aufgrund ihrer Ressourcen Zugang erhalten können. Dies führt dazu, dass sie die Kontrollfunktion der Gatekeeper*innen nicht grundlegend in Frage stellen; sie streben nach Evolution, nicht nach Revolution. Ihr mediales Engagement konzentriert sich somit auf tradierte Machtstrukturen und -eliten, die sie für ihre Anliegen gewinnen wollen, anstatt sich gegen sie zu stellen.

Mit ihrer kommunikativen Vermittlungsfähigkeit, die sie weitgehend in einer englischsprachigen Arena einsetzen, richten sie sich somit an ein Publikum auf der Galerie, welches ebenfalls mediale Öffentlichkeit in englischer Sprache konsumiert. Diese Sprachhomogenität innerhalb der medialen Teilöffentlichkeit verdeutlicht, dass sich die von mir untersuchten Arenenakteur*innen als Teil einer elitenzentrierten Öffentlichkeit wahrnehmen, der sie selbst angehören (wollen). Aus der Sichtweise der von mir untersuchten Arenenakteur*innen kommt keine andere (z. B. die Urdu-sprachige Teilöffentlichkeit) in Frage, da sie dort weder Zugang erhalten noch Gehör finden. Viele wissen um ihre privilegierte Position und wollen diese nutzen, um migrantenspezifische *issues* besser artikulieren und etikettieren zu können und sie dadurch greifbarer zu machen. Damit streben die zivilgesellschaftlichen Repräsentant*innen danach, ihrer Funktion als „Inputperipherie“ (Ferree et al. 2002: 301) nachzukommen. Vor diesem Hintergrund forcieren sie einen graduellen Wandel im Dialog mit den Gatekeeper*innen, da sie darin die effizienteste Möglichkeit sehen, in einer vermachteten Arena zu Migration gehört zu werden.

Sie wissen ebenfalls um die Dominanz der kriminellen Rekrutierungsagenturen, des von *Milbus* kontrollierten Systems und der korrupten Verwaltungsstrukturen. Ihnen ist trotzdem nicht daran gelegen, die von diesen Gatekeeper*innen geprägten Sichtweisen radikal zu verändern, sondern vielmehr zu modifizieren. Sie wollen als Gleiche unter Gleichen agieren, zur selben Zeit aber auch kritische Aspekte zu Migration verhandeln (dürfen). Deswegen konzentrieren sie sich in ihren Medienstrategien darauf, eine Polarisierung bzw. einen sich verschärfenden Konflikt mit den traditionellen Gatekeeper*innen zu vermeiden, da sie vielfach auf deren Unterstützung, Akzeptanz und Respekt angewiesen sind. Allerdings wissen die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen auch, dass sie trotz der verfügbaren Ressourcen von den Gatekeeper*innen als Bedrohung des eigenen Status wahrgenommen werden. Dies reduziert ihre

Sprecher- und Vermittlerrolle und manifestiert vermachtete Arenen und selbständige Öffentlichkeiten. Aufgrund dieser Situation geraten die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen in ein konzeptionelles Dilemma: Zum einen wollen sie eine neue Rolle in der medialen Sichtbarmachung von Migration übernehmen und eine modifizierte Arena der Öffentlichkeit mitprägen, sind aber zum anderen nicht bereit, anzuerkennen, dass sie eine neue *eigene* Arena der Öffentlichkeit zu Migration bzw. eine Gegenöffentlichkeit formieren könnten.

Damit passen sie sich den Besonderheiten des pakistanischen Mediensystems an. Demnach können sie als Vertreter*innen einer abgeschwächten und konzilianteren Gegenöffentlichkeit verstanden werden. Diese Haltung kann als opportunistisch kritisiert werden, zeigt aber eine den Gegebenheiten angepasste Strategie, um überhaupt Sichtbarkeit zu Migration herstellen zu können. Öffentlichkeit zu Migration nach Saudi-Arabien konstituiert ein Tabu auf dreifacher Ebene. Dessen sind sich die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen bewusst. Sie wissen auch, dass in unversöhnlicher Opposition zu den Gatekeeper*innen innerhalb des vermachteten Teilbereichs der pakistanischen Öffentlichkeit von letzteren keinerlei Zugeständnisse zu erwarten wären. In einem solchen Falle würden sich die begrenzten Möglichkeiten, Migration ins Königreich kritisch aushandeln zu wollen, weiter reduzieren und ihre Anliegen ungehört bleiben. Deswegen suchen die untersuchten Akteur*innen – teilweise gegen ihre Überzeugung – die Kooperation mit traditionellen Gatekeeper*innen: Während das MRC und das RC aus juristischen und politischen Gründen auf die Unterstützung der pakistanischen Regierungsinstitutionen angewiesen sind, benötigen zivilgesellschaftliche Organisationen wie JPP, BLLF oder HRCP bzw. die untersuchten Journalist*innen den Zugang und das Wohlwollen solcher Gatekeeper*innen, um ihr mediales Engagement erfolgreich umsetzen zu können.

Ein solches Vorgehen birgt jedoch das Risiko, von den Gatekeeper*innen kooptiert zu werden und eigene Interessen zugunsten der Arenenzugänge zu vernachlässigen. Insbesondere von den Vertreter*innen der MRC sowie von JPP wurden solche Sorgen offen geäußert, was verdeutlicht, welcher enormer Druck innerhalb des pakistanischen Mediensystems von Gatekeeper*innen ausgeübt wird. Sich dieser Einflussnahme nicht gänzlich zu beugen, sondern eigene Deutungshoheit und Handlungsfreiheit zu behalten und Interessenskonflikte auszubalancieren bzw. zu moderieren, fordert die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen auf unterschiedliche Weise tagtäglich heraus. Gleichzeitig limitieren sie ihre Handlungsräume durch ein solches Vorgehen selbst, da sie ihr Agendasetting an bestehenden Narrativen zu Migration orientieren und diese nicht gänzlich ablehnen. So wird z. B. das wirtschaftliche Nutzpотenzial der Migranten auch von allen neuen Öffentlichkeitsakteur*innen betont und prinzipiell befürwortet, sodass sie sich hier keineswegs als oppositionelle Stimmen positionieren. Anstatt ihre *issues* im Sinne der Migranten zu verfolgen, könnten sie für die

Gunst der Gatekeeper*innen ihre Interessen aufgeben bzw. an die geforderten Rahmenbedingungen anpassen. Eine solche Entwicklung würde systemlegitimierend wirken.

Verortung im nationalstaatlichen Container: Brachliegendes translokales Potenzial zur Sichtbarmachung von Migration

Darüber hinaus nutzen die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen bislang das translokale Potenzial zur Sichtbarmachung von Migration noch nicht aus. Stattdessen agieren sie in einer nationalstaatlichen Teilöffentlichkeit. Aus ihrer Sichtweise erscheint der Zugang zur translokalen Arena von Migration noch verschlossener als auf nationaler Ebene und wird von wirkmächtigen Gatekeeper*innen nicht nur in Pakistan, sondern auch in Saudi-Arabien kontrolliert. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen und ihre Handlungsmotive in einem Konzept von Öffentlichkeit lokalisiert werden müssen, welches den nationalstaatlichen Rahmen als sinnstiftend für mediales Engagement zu Migration erachtet.

Ausgehend von dieser Beobachtung muss konstatiert werden, dass die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen normative Öffentlichkeit zu Migration in einem nationalstaatlich-begrenzten Raum teilweise reproduzieren. Immerhin schließt dieses abgeschlossene Wirkungsfeld, in dem sie agieren, die Migranten selbst weitgehend aus, sodass diese im Idealfall nur als Publikum, nicht aber als agierende Sprecher*innen ihrer *issues* präsent werden: Die untersuchten Akteur*innen sprechen häufig über sie und zu ihnen, aber kaum mit ihnen, und lassen sie selbst nur selten zu Wort kommen bzw. hören sie nicht – wie im in der Einleitung beschriebenen Fall von Khalli Walli.

Um sich daraus zu lösen, müssten die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen ihre im Nationalstaat verankerten Strategien auf einen translokalen Kontext ausweiten und sich ihres Mobilitätspotenzials bewusst werden. Ein solches medienstrategisches Vorgehen könnte das Potenzial erhöhen, eine kritische Öffentlichkeit zu Migration außerhalb des nationalen Containers herzustellen. Sie müssten dazu allerdings den von ihnen adressierten Teilbereich pakistanischer Öffentlichkeit verlassen oder zumindest erweitern. Voraussetzung dafür wäre der Aufbau von Netzwerken zu Öffentlichkeitsakteur*innen, die sich außerhalb Pakistans und am besten in Saudi-Arabien verorten. Dafür müssten Kontakte sowohl zu saudischen offiziellen Institutionen wie auch zu den zuständigen Ministerien und Medienvertreter*innen als auch zu Repräsentant*innen der pakistanischen Diaspora bzw. NRO aufgebaut werden. Allerdings besteht bislang keinerlei Kontakt auf individueller oder institutioneller Ebene zu solchen Akteur*innen, wie mir bestätigt wurde:

„In general, for us it's very difficult to work in those countries because they have not very open policies. We cannot open offices (...) When it comes to Saudi Arabia, it's a different story. We don't have any cooperation with them“ (HAM_LAH, Interview, 27.01.2016, Lahore, #00:25:53-1#).

Trotz dieser Leerstellen sind sich die meisten Öffentlichkeitsakteur*innen bewusst, dass transnationale Netzwerke zu saudischen zivilgesellschaftlichen Initiativen, Regierungsinstitutionen und Journalist*innen und vor allem zur pakistanischen Diasporagemeinschaft ein wegweisender Schritt wären, um die mediale Sichtbarmachung der sozialen Implikationen von Migration außerhalb des nationalen Containers voranzutreiben. Ein solcher Schritt könnte die Akteur*innen auch befähigen, mobile und fluide Lebenswirklichkeiten der Diasporagemeinschaften besser zu durchdringen und zu verstehen. Immerhin existieren in den Empfängerstaaten dynamische, heterogene und sich rasch transformierende Gemeinschaften von Migranten, die immer stärker ihre Herausforderungen selbst verhandeln und sichtbar machen wollen. Dies gilt insbesondere für die kleineren Golfmonarchien, aber auch verstärkt für Saudi-Arabien. Im Sinne von Salazar-Parrenas (vgl. 2005; 2008) reiche es nicht aus, nur die extremen Formen von Gewalt und Ausbeutung nachzuverfolgen. So untersucht sie u. a. die sich bei philippinischen Migrant*innen im Ausland angeeigneten verändernden Verhaltensweisen, die in ihrer Heimat atypisch wirken und gar zu Entfremdung (Salazar Parreñas 2005: 161) und einem „clash in gender ideologies“ (Salazar Parreñas 2008: 168) führen können. Die Adaption neuer Handlungsweisen aufgrund der Auslandserfahrungen bezeichnet sie als eine Form „sozialer Rücküberweisungen“:

„The increasing number of transnational families marks an institutional rupture to the order of gender in the Filipino family, as the maintenance and constitution of such households call for a redistribution of the traditional gender division of labor in the family“ (Salazar-Parrenas 2005: 5).

Weiterhin wird eine solche translokale Vernetzung jedoch auch von unterschiedlichen Gatekeeper*innen verhindert: Die saudischen und pakistanischen Regierungen betrachten ein solches mediales Engagement für pakistanische Migranten als Einmischung in die internen Angelegenheiten bzw. als Gefährdung der bilateralen Beziehungen zum „Bruderstaat“ (vgl. NAD_LAH, Interview, 09.02.2016, Lahore, #00:15:11-9#). Die Kommunikationskanäle zur Aus handlung von migrationspezifischen Anliegen beschränken sich bislang auf hochrangige politische Entscheidungsebenen, werden durch die zuständigen Ministerien beider Regierungen, die jeweiligen Botschaften und Konsulate kontrolliert und erhalten dadurch einen exklusiven und exkludierenden Charakter. Diese Umstände erschweren es den untersuchten Akteur*innen, Kontakt auf

transnationaler Ebene mit pakistanischen Diasporainitiativen oder saudischen Organisationen aufzunehmen. Viele von ihnen verneinen darüber hinaus per se die Existenz einer saudischen Zivilgesellschaft, die sich mit den sozialen Implikationen von Migration beschäftigen.

Dass sich in Saudi-Arabien jedoch in den letzten Jahren durchaus eine lokale Kultur von zivilgesellschaftlichem Engagement (vgl. Al-Šayḥ/Al-Qaḥṭānī 2015; Crystal 1996; Montagu 2010; Shalaby 2008; Bonner et al. 2003) – oftmals mit der Unterstützung des Staates (vgl. Thompson 2014) – entwickelt hat, in der zunehmend auch Migration eine relevante Bedeutung erfährt, ist vielen neuen Öffentlichkeitsakteur*innen nicht bewusst – ein weiterer Hinweis auf die fehlenden Kontakte ins Königreich. Die wachsende politische, soziale und ökonomische Bedeutung der in Saudi-Arabien lebenden und arbeitenden Migranten aus Pakistan hat zu einer Genese von einigen wenigen saudischen nicht-staatlichen Initiativen geführt. Die in Saudi-Arabien traditionell einflussreiche „Kultur des islamischen Gebens“ (*zakāt*) hat in den letzten Jahrzehnten die Entwicklung einer äußerst aktiven Stiftungslandschaft inspiriert, die sich diversen Themen der Armutsbekämpfung widmet. Religiöse Wohlfahrtseinrichtungen, die zumeist durch wohlhabende Mitglieder des wahhabitischen Klerus oder der Königsfamilie finanziert werden, verfügen über eine enorme Popularität in Saudi-Arabien. Daneben hat sich auch eine Vielzahl an karitativen Einrichtungen herausgebildet, die ohne speziellen religiösen Auftrag im Bereich der Armutsbekämpfung arbeiten. Solche Initiativen fokussieren sich zwar zumeist auf benachteiligte nationale Bevölkerungsgruppen wie Waisenkinder, Obdachlose und verwitwete oder geschiedene Frauen, lassen ihre Wohlfahrtsaktivitäten aber auch in Einzelfällen ausländischen Arbeitsmigranten zukommen (vgl. Derbal 2017: 143–147). Weiterhin existieren in der saudischen Wirtschaftsmetropole Dschidda einige pakistanische Wirtschaftsforen. Solche Akteur*innen repräsentieren allerdings (noch) eine kleine elitäre pakistanische Diaspora und gewähren bislang den Arbeitsmigranten aus dem Niedriglohnsegment weder Zugang noch Repräsentation. Sie agieren nur im öffentlichen Container Saudi-Arabiens, werden daher nur für ein spezifisch saudisches Publikum sichtbar und sind den von mir untersuchten neuen Öffentlichkeitsakteur*innen gänzlich unbekannt.

Im pakistanischen Kontext wurde deutlich, wie abhängig die Sichtbarmachung von Migration von den politischen Rahmenbedingungen ist. Gleiches gilt für Saudi-Arabien: Bislang wurde die Arena zu Migration in Saudi-Arabien noch intensiver als in Pakistan von machtvollen Gatekeeper*innen aus Staat, Wirtschaft und Religion kontrolliert, was themenspezifische Narrative wie die Marginalisierung von Migranten bzw. proklamierte Xenophobie medial streute. Doch diese Stereotype werden durch die zunehmende Nutzung von sozialen Medien herausgefordert. Migration ist somit längst zu einem Thema der öffent-

lichen Relevanz geworden, in der Migranten oder Sprachrohre der Migranten zwar noch als Außenseiter von der Arena exkludiert werden. Allerdings lassen sich neue Diskussionsstränge identifizieren, in denen die Stigmatisierung von Migranten kritisiert oder zumindest als negative Ausgrenzung durch die Mehrheitsgesellschaft thematisiert wird. So finden sich – ähnlich wie im pakistanischen Kontext – auch im englischsprachigen Teilbereich des saudischen Mediensystems Stimmen, die die prekären Arbeitsbedingungen der Migranten kritisieren und damit bestehende Narrative vorsichtig in Frage stellen (vgl. Sons 2014b). Eine solche Veränderung der politischen Rahmenbedingungen kann in dieser Arbeit zwar nicht ausführlich analysiert werden, bietet aber interessante Potenziale für weitere Forschung und soll daher zumindest problematisiert werden.

Um den neuen Öffentlichkeitsakteur*innen die Vernetzung nach Saudi-Arabien zu ermöglichen, sind sie auf eine solche kontinuierliche Transformation der öffentlichen Arena zu Migration in Saudi-Arabien angewiesen. Dies erscheint zwar in der hierarchisierten und vermachteten Arena zu Migration in Saudi-Arabien unwahrscheinlich. Dennoch existieren für neue Öffentlichkeitsakteur*innen aus Diaspora und saudischer Zivilgesellschaft durchaus Räume, verstärkt sichtbar zu werden. Dazu zählt, dass eine junge Generation gut ausgebildeter saudischer Männer und Frauen die strukturelle Gewalt gegen Migranten kritisieren könnte, da ein solches Verhalten gegenüber „muslimischen Brüdern“ weder dem eigenen Selbstverständnis noch den islamisch-moralischen Werten des „Hüters der beiden Heiligen Stätten“ entspricht. Zivilgesellschaftliches Engagement in Form von freiwilliger Nachbarschaftsarbeit, im Umweltbereich, in der Kranken- und Altenpflege oder in der humanitären Hilfe sind längst zu einem Bestandteil des saudischen Selbstverständnisses geworden und schlagen sich in einem gewissen „Trend“ zur Wohlfahrt und zur Solidarität mit Benachteiligten nieder, wie bereits angedeutet wurde. Viele junge saudische Staatsangehörige engagieren sich ehrenamtlich für „Schutz- und Hilfsbedürftige“, um ihrer moralischen Pflicht nachzukommen, neue Freizeitmöglichkeiten zu entdecken und ihrem Anspruch als fromme und verantwortungsbewusste Muslime gerecht zu werden (vgl. Derbal 2017). Zukünftig könnten diese karitativen Tätigkeiten auch verstärkt auf pakistanische Arbeitsmigranten konzentriert werden.

Auslöser dafür könnte der fundamentale politische, soziale und sozioökonomische Transformationsprozess der saudischen Gesellschaft sein: Wie beschrieben, wurden in den letzten Jahren bereits einige juristische Reformen im Arbeitsrecht und hinsichtlich des *Kafāla*-Systems implementiert; der wachsende sozioökonomische Druck intensiviert die Bemühungen, den Arbeitsmarkt zu „saudisieren“, die Abhängigkeit von ausländischen Arbeitskräften zu reduzieren und sich als Post-Rentierstaat zu positionieren (vgl. Thompson 2018;

Hertog, 14.03.2018; Hertog 2019; Leber 2019; Young 2018; House 2017). Unter dem Kronprinzen Muḥammad b. Salmān wird eine sozioökonomische und gesellschaftliche Modernisierung forciert (vgl. Bianco 2018; Cafiero 2018; Young, 06.03.2019; Abdel Ghafar, 14.02.2018; Mason, 13.11.2017), die darauf abzielt, die Wirtschaft zu diversifizieren, indem Sektoren wie Tourismus, die Dienstleistungs- und Entertainmentbranche ausgebaut (vgl. Kinninmont 2017a; Hussain 2017), die Abhängigkeit von fossilen Ressourcen reduziert sowie eine gewisse gesellschaftliche Öffnung gefördert wird. Die politische Führung zeigt sich daran interessiert, internationale Privatunternehmen zu Investitionen im Königreich zu motivieren. Dafür muss die globale Sichtbarkeit des Königreichs erhöht werden, um die Reputation Saudi-Arabiens als attraktiven Wirtschaftsstandort zu verbessern. Muḥammad b. Salmān will sich innerhalb dieses Prozesses als ambitionierter, selbstbewusster und ehrgeiziger zukünftiger König und Vertreter einer jungen Generation präsentieren (Filkins, 02.04.2018). Dieses Vorhaben wird mit einer intensiven Marketingstrategie begleitet, die Saudi-Arabien als „modern“ und „neues technologisches Epizentrum des Nahen und Mittleren Ostens“ präsentieren soll (Interview mit saudischem Geschäftsmann, Riad, 21.10.2018). Viele junge saudische Staatsangehörige begrüßen diese „Vision“ und wollen sich am Aufbau eines „neuen Saudi-Arabien“ beteiligen (Interview mit saudischer Unternehmerin, Riad, 24.10.2018). Diese Strategie trug seit Muḥammad b. Salmāns Ernennung zum Kronprinzen im Juni 2017 dazu bei, dass neue Akteur*innen in Saudi-Arabien Einfluss gewonnen haben, die sich in den Bereichen Empowerment von Frauen, wirtschaftliche Diversifizierung und Entrepreneurship engagieren und von der Regierung unterstützt werden (vgl. Sons 2018c: 6; Kinninmont 2017b; Rieger/Sons 2019). Diese neu entstandenen Räume verändern vor allem mediale Diskussionen und lassen neue Akteur*innen einer jungen Generation zu Sprecher*innen der öffentlichen Arenen aufsteigen: Längst sind traditionell tabuisierte Themen wie berufliche Perspektiven von Frauen, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die mangelnde Leistungsbereitschaft vieler saudischer Arbeitnehmer*innen und die Annehmlichkeiten des Rentierstaatssystems zu kontrovers diskutierten *issues* geworden (vgl. Abualhassan 2018), die in sozialen Medien und in massenmedialen Formaten (selbst)kritisch debattiert werden. Es ist nicht ausgeschlossen, dass im Zuge dieser Transformation auch kritische Aspekte zu Migration sichtbarer ausgehandelt werden könnten als bisher. Insbesondere die Stigmatisierung der südasiatischen Migranten als „die Anderen“, als Gefahr für die kulturelle Einheit der Gesellschaft oder die präsente aber bislang tabuisierte strukturelle Gewalt im häuslichen Bereich könnte – auch als Reaktion auf externen Druck – intensiver in den (sozialen) Medien und von den saudischen Gatekeeper*innen diskutiert werden.

Dennoch zeigt die Entwicklung der letzten Jahre auch, dass sich zwar in Saudi-Arabien neue mediale Arenen geöffnet haben, diese aber weithin von politischen Entscheidungsträgern kontrolliert werden. Denn das Agendasetting wird von der einflussreichsten Gatekeeperin betrieben – der politischen Führung unter Muḥammad b. Salmān. Dies hat zwar zu mehr Diversität, allerdings nicht zu mehr politischer und medialer Meinungsfreiheit geführt. Die unter dem Kronprinzen erfolgte Machtkonzentration, die Marginalisierung traditioneller Gatekeeper*innen sowie die Auflösung alter Patronagenetzwerke hat innerhalb des saudischen Mediensystems bestehende öffentliche Arenen neu vermachtet oder gar geschlossen (vgl. Steinberg 2018; Oppenheim 2019). Repression gegen Andersdenkende, strikte Überwachung von kritischen Social-Media-Aktivist*innen oder die Inhaftierung von Befürworter*innen der Aufhebung des Fahrverbots für Frauen sind nur einige Merkmale der intensivierten Unterdrückungskampagne der politischen Führung (vgl. Yee/Kirkpatrick, 05.04.2019; Mazzetti/Hubbard, 17.03.2019; Hubbard et al., 11.03.2018; HRW, 18.05.2018). Diese Repressionspolitik der saudischen Führung hat international zu massiver Kritik geführt und konterkariert die Bemühungen des Kronprinzen, die Reputation des Königreiches zu verbessern. Mit der Ermordung des saudischen Journalisten Ġamāl Ahmād Ḥāšūqšī im saudischen Konsulat in Istanbul im Oktober 2018 (vgl. Barnes et al., 12.11.2018) hat sich der internationale Druck auf den Kronprinzen (vgl. Stroul 2019; Gause 2018) aufgrund seines Führungsstils der „reformist repression“ (Pollock 2018) nochmals erhöht: Sein konstruiertes Image als „Reformer“ ist weitgehend zerrüttet, auch innerhalb der eigenen Bevölkerung existieren durchaus Zweifel an seiner Eignung als zukünftiger König (vgl. Interviews in Riad im Oktober 2018), da neben der Affäre um Ḥāšūqšī auch die saudische Regionalpolitik (vgl. Al-Rasheed 2015b; Sunik 2018) sowie ausbleibende wirtschaftliche Erfolge im Inland bei der Schaffung von Arbeitsplätzen seine Reputation schwächen (vgl. Riedel, 16.01.2019; Rich 2017; Partrick 2016).

Es ist nicht ausgeschlossen, dass Muḥammad b. Salmān auf diesen gestiegenen Druck reagieren muss, um seine eigene Macht und seine Zukunft als neuer König zu konsolidieren. Im Zuge dieser Spannungen könnten sich jedoch neue Räume für mediale Diskussionen eröffnen, was auch die Sichtbarmachung von Migration beeinflussen könnte. In diesem Fall könnte eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für ausländische Arbeitskräfte in Form von Arbeitsrechtreformen etc. ein geeignetes politisches Instrument sein, der internationalen Kritik entgegenzutreten. Der Kronprinz könnte mit Maßnahmen in diesem Bereich seine Kompromissbereitschaft zeigen. Er könnte sich den prekären Arbeitsbedingungen der Migrant*innen annehmen, um sich als generöser, solidarischer und mitfühlender zukünftiger Monarch zu präsentieren, der das Wohl der südasiatischen Arbeitskräfte als persönliches Anliegen begreift. Mit einer Stra-

ategie, sich als „Schutzpatron“ der Migranten darstellen zu wollen, um daraus politisches Kapital zu schlagen, könnten sich Öffentlichkeitsakteur*innen in- und außerhalb Saudi-Arabiens neue Zugänge eröffnen, um translokale Netzwerke oder Diasporainitiativen aufzubauen.

Auf eine solche Strategie deutet die bereits beschriebene Entscheidung des saudischen Kronprinzen hin, pakistanische Häftlinge freizulassen. So stand der Kronprinz unter Druck, das traditionelle Verhältnis mit Pakistan zu verbessern, war es doch in der Vergangenheit zu bilateralen Verwerfungen gekommen (siehe [Kapitel 5](#)). Weiterhin war Muḥammad b. Salmān daran gelegen, seine durch die Ermordung von Ḥāšūqī beschädigte internationale Reputation durch eine solche Entscheidung zu verbessern, immerhin grenzte er sich damit gegen die strikte Inhaftierungspolitik seiner Vorgänger ab und übernahm politische Schutzverantwortung für die marginalisierten Migranten.

Somit könnten sich zukünftig neue Räume für die Aushandlung von Migration ergeben: Ein tabuisiertes Thema wird in einer vermachteten Arena sichtbar und von politischen Gatekeeper*innen angeeignet, die neue Öffentlichkeitsakteur*innen sogar ermutigen könnten, kritische Aspekte von Migration sichtbarer zu machen. Internationale Initiativen könnten dadurch innerhalb des Königreichs die Erlaubnis erhalten, ihren Tätigkeiten nachzugehen. Saudische Stiftungen oder zivilgesellschaftliche Institutionen könnten verstärkt zu Migration arbeiten und gemeinsam mit den neuen Öffentlichkeitsakteur*innen in Pakistan Projekte initiieren. Das Engagement für benachteiligte Migranten könnte zur durch den Kronprinzen forcierten Konstruktion eines neuen saudischen Nationalismus (vgl. Kinninmont 2017a: 23; Stratfor, 04.01.2019) bzw. eines „Hypernationalismus“ (Al-Rasheed 2015c) und einer „brand of nationalism“ (Al-Rasheed, 05.09.2018) beitragen, um sich zum einen als humaner Wohltäter und Schutzpatron der Migranten zu generieren, zum anderen aber auch das nach dem Mord an Ḥāšūqī gesunkene Vertrauen in Teilen der eigenen Bevölkerung und auf internationaler Ebene wiederherzustellen.

Bei einer solchen Entwicklung besteht allerdings die virulente Gefahr, dass die saudische Führung versuchen könnte, die öffentliche Diskussion um Migration zu kontrollieren, zu zensieren und zu reglementieren, indem neue Akteur*innen kooptiert und im Sinn der politischen Interessen instrumentalisiert werden. Die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen würden als Sprachrohre der politischen Interessen eingesetzt, anstatt unabhängig agieren zu können. Dadurch könnte das Königshaus als mächtigster Gatekeeper*innen staatslegitimierte Vorbilder stilisieren, die im Sinne der Regierungsinteressen öffentliche Sichtbarkeit erhalten und die nicht gegen die Interessen der politischen Gatekeeper*innen agieren dürfen.

Vor diesem Hintergrund reduzieren sich ähnlich wie im pakistanischen auch im saudischen Kontext die Möglichkeiten, Gegenöffentlichkeiten zu bil-

den. Stattdessen werden saudische Akteur*innen den Balanceakt zwischen Opposition und Kooperation meistern müssen, wollen sie Zugang zu vermachteten Arenen erhalten. Somit wird deutlich, dass eine entstehende Sichtbarkeit einer deliberativen Öffentlichkeit im Habermaschen Sinne im saudischen Kontext als äußerst unwahrscheinlich, aber nicht als unmöglich angesehen werden muss. Dass sich solche Prozesse bereits in der Entstehung befinden, zeigt die Auszeichnung von Khalli Walli durch saudische Behörden, wie in der [Einleitung](#) beschrieben: Anstatt die Gruppe für ihr mediales Aufbegehren zu sanktionieren, wurden sie als Bestandteil der pakistanischen Diaspora ausgezeichnet. Gleichzeitig nahmen saudische Gatekeeper*innen von ihren *issues* Notiz, versuchten diese für ihre eigenen politischen Interessen zu instrumentalisieren und schufen somit zweckgebundene Netzwerke und damit gewachsenen Zugang zur vermachteten Arena.

Ohne Frage besteht also Potenzial, Migration in neuen öffentlichen Arenen auszuhandeln und sichtbar zu machen. Dies könnte den untersuchten neuen Öffentlichkeitsakteur*innen weitere Betätigungsfelder eröffnen, was die öffentliche Aushandlung von Migration forcieren könnte. Allerdings zeigt meine Untersuchung auch, dass ein solcher Prozess nur durch veränderte politische Rahmenbedingungen, die Unterstützung der Gatekeeper*innen und unter strikter Kontrolle durch repressive Autoritäten stattfinden können, sodass zwar ein Wandel der Öffentlichkeit zu Migration, aber kein Wandel im Sinne einer deliberativen Öffentlichkeit nach Habermas konstituiert werden kann.

Zukunftsperspektiven bei der translokalen Sichtbarmachung von Migration in Form von „dissonanten Öffentlichkeiten“: Transmigranten als neue Sprecher

Vor diesem Hintergrund entstehen Dissonanzen, die den Aushandlungsprozess von Migration außerhalb des pakistanischen Teilbereichs von Öffentlichkeit beeinflussen. Solche Dissonanzen müssen für die theoretische Konzeptionalisierung des Forschungsgegenstandes berücksichtigt werden, um dem komplexen und widersprüchlichen Öffentlichkeitswandel zu pakistanischer Migration nach Saudi-Arabien Rechnung zu tragen. Das Konzept von „dissonanten Öffentlichkeiten“ im Sinne von Pfetsch et al. (2018) erscheint mir daher geeignet, um die präsentierten Konzepte zu Öffentlichkeit weiterzuentwickeln und die Wirkweise der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen zu konkretisieren. Wie bereits erläutert wurde, bewegen sie sich in einem fragmentierten Teilbereich der englischsprachigen und weitgehend nationalstaatlichen Öffentlichkeit. Ihr Wirken ist also thematisch, regional und mittelbeschränkt und bewegt sich in medialen Räumen, zu denen sie Zugang erhalten können und wollen.

Da die pakistanische Öffentlichkeit jedoch aus separaten Teilbereichen besteht, die weitgehend isoliert voneinander existieren und kaum Anknüpfungspunkte aufweisen, finden in diesen Teilöffentlichkeiten durchaus verschiedene Diskussionen zu Migration statt, wie erläutert wurde. Diese Diskussionen beziehen sich allerdings oftmals nicht aufeinander – ein Hauptcharakteristikum für dissonante Öffentlichkeit. Diese lassen sich bei der Sprachheterogenität der Urdu- bzw. englischsprachigen Teilbereiche pakistanischer Öffentlichkeit, aber auch im bereits angedeuteten translokalen Kontext identifizieren: Obwohl es sich wie gesagt bei Migration um ein globales, entgrenztes und entbettetes Phänomen der Globalisierung handelt, welches nicht an nationalstaatliche Container gebunden ist, verfügen die untersuchten neuen Öffentlichkeitsakteur*innen über keine translokalen Netzwerke nach Saudi-Arabien. Diese Dissonanzen entstehen auch deswegen, weil Öffentlichkeitsakteur*innen zwar ihr mediales Engagement im digitalen Bereich und vor allem in den sozialen Medien ausgeweitet haben, ohne allerdings den mittelfristigen Aufbau einer translokalen Online-Community als integralen Bestandteil ihrer Medienstrategie zu betrachten. Digitale Kommunikationstechnologien werden zwar genutzt, dienen aber zumeist dazu, traditionelle Sprecher*innen für die eigenen Interessen zu adressieren und zu kooptieren, ohne Sprecher*innen außerhalb dieser Arenen und des nationalen Containers wahrzunehmen (vgl. Beck 1997: 49).

Damit lässt sich auch das Unwissen über Khalli Walli erklären: Das über soziale Medien wie *YouTube* medial vermittelte in der Einleitung beschriebene Video der Gruppe existiert bezugslos neben der von den neuen Öffentlichkeitsakteur*innen untersuchten Teilöffentlichkeit und kann daher als ein Beispiel für das „unverbundene Nebeneinander von Stimmen“ gelten (Pfetsch et al. 2018: 490). Getrennte Teilbereiche von Öffentlichkeit zu Migration auf translokaler sowie nationaler bzw. sprachlicher Ebene begrenzen somit auf der einen Seite die Sichtbarkeit der untersuchten Akteur*innen, die um die Aufmerksamkeit der Gatekeeper*innen ringen, ohne andere Stimmen außerhalb ihres Referenzrahmens wie Khalli Walli wahrzunehmen.

Es existieren also weder institutionelle Netzwerke zu nicht-pakistanischen Öffentlichkeitsakteur*innen, noch findet digitale Vernetzung zu den Diasporagemeinschaften selbst statt. Eine solche Ausweitung der medialen Sichtbarkeit von Migration könnte jedoch hilfreich sein, um die *issues* der untersuchten Akteur*innen wirksamer und zielgerichteter zu adressieren. Mithilfe sozialer Medien können neue Sprecher*innen ihre Anliegen sichtbar machen, die bisher nicht über die notwendigen Ressourcen verfügten. Durch eine expandierte Medienstrategie der untersuchten Öffentlichkeitsakteur*innen, die sich explizit über Online-Formate an die Diaspora-Gemeinschaften in Saudi-Arabien richtet,

würde der nationalstaatliche Container verlassen und der Zugang zu einer translokalen Arena zu Migration entstehen.

Dies könnte zur Folge haben, dass sich die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen in ihrem Wirken nicht mehr zu weiten Teilen auf die traditionellen Gatekeeper*innen fokussieren müssten, sondern bei den Migranten selbst neue Sprecher fänden. Diese könnten durch die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen ermächtigt werden, selbst für ihre Interessen einzutreten, indem technische, inhaltliche und logistische Ressourcen zur Verfügung gestellt würden. Als Folge könnten echte Gegenöffentlichkeiten – insbesondere im digitalen Raum – entstehen. Zwar existieren in Form von Vorbereitungsseminaren und migrantenorientierten Kampagnen durchaus erste Ansätze, stärker mit den Communities zu arbeiten, doch diese Bemühungen befinden sich erst in einem Entwicklungsstadium und haben zumeist eher pädagogischen Charakter: Es soll zwar Aufmerksamkeit bei den Migranten für bestehende Normen geweckt werden, ohne ihnen jedoch gleichzeitig Werkzeuge mitzugeben, wie sie pro-aktiv gegen ihre Marginalisierung und Ausbeutung im Empfänger- sowie im Entsendeland aufbegehren können. Solche Medienpraktiken würden Migranten aber in die Lage versetzen, ihre Anliegen medial sichtbar werden zu lassen. In einer solchen Öffentlichkeit könnte das Potenzial entstehen, auf translokaler Ebene den Druck auf die handelnden Gatekeeper*innen zu erhöhen. Vor diesem Hintergrund eignet sich das Konzept von dissonanten Öffentlichkeiten, diesen konzilianten Ansatz der neuen Öffentlichkeitsakteur*innen zu theoretisieren.

Da Dissonanzen bei „Metaprozessen“ wie Globalisierung gehäuft auftreten (vgl. Pfetsch et al. 2018: 484), erfahren sie auch beim Phänomen Migration signifikante Relevanz. Mit der Ausweitung der medialen Sichtbarkeit von Migration auf die translokale Ebene können die neuen Öffentlichkeitsakteur*innen gemeinsam mit anderen Repräsentant*innen aus Diaspora und Zivilgesellschaft dazu beitragen, traditionelle Gatekeeper*innen in Pakistan sowie in Saudi-Arabien unter Druck zu setzen und „Lärm zu machen“ (vgl. Pfetsch et al. 2018: 490). Immerhin werden „Öffentlichkeiten nach wie vor im Zusammenhang mit nationalen Bezugssystemen gesehen (...). Daher ergibt sich hier Potenzial und Gelegenheit, Dissonanzen infolge transkultureller Bewegungen und transnationaler Diskurs- und Entscheidungssysteme zu erforschen, die sowohl zwischen als auch innerhalb nationaler Öffentlichkeiten entstehen“ (Pfetsch et al. 2018: 489).

Medienstrategisch bieten sich dafür die sozialen Medien an (vgl. Neuberger 2014), da durch sie marginalisierte Außenseiter wie die Migranten neue Potenziale erschließen können (vgl. Papacharissi 2002; Downey/Fenton 2003), um sich und ihre Anliegen in vermachteten Arenen verorten zu können. Sollten sie dabei von den neuen Öffentlichkeitsakteur*innen in deren Funktion als „Prophet*innen“ unterstützt werden, könnten neue Dynamiken innerhalb der translokalen Arena zu Migration entstehen, welche sich direkt auf die nationa-

len Kontexte in Pakistan und Saudi-Arabien auswirken und zur Bildung einer „Empörungsgesellschaft“ (Gerhards/Neidhardt 1990: 44) in autoritären Umfeldern führen könnte. Die entsprechenden Gatekeeper*innen in Politik, Wirtschaft und Medien würden mit einer Vielzahl an neuen hybriden Sprecher*innen konfrontiert, die weniger moderiert und eingehegt werden können als massenmediale Akteur*innen – zumal es sich um einen transnationalen Kontext handelt, der nur begrenzt durch staatliche Zensur und Überwachung reguliert werden kann (vgl. Richter/Gräf 2015: 30).

In diesem Rahmen könnten die Migranten als neue transkulturelle Öffentlichkeitsakteur*innen fungieren, die im Sinne von Schiller et al. (1997: 139) als Transmigranten innerhalb eines Transnationalismus bezeichnet werden können. Solche Transmigranten agieren mobil, da sie sich neue Räume und Technologien zunutze machen können: „Questions of mobility, either of too much or too little, or of the wrong time or place, are decisive for many individuals as well as for organisations or institutions“ (Schneider 2015: 226). Je sichtbarer die Betroffenen selbst werden und je mehr sie Sprecher*innen mit entsprechenden Ressourcen unterstützen, desto höher steigen die Chancen, ihre Anliegen durchzusetzen. Diese Transmigranten könnten mithilfe neuer digitaler Ressourcen die Sichtbarkeit ihre migrationsspezifischen Anliegen medial platzieren und ihre eigene „transnationale Existenz“ in die mediale Arena einbringen (vgl. Schiller et al. 1997: 143). Transmigranten könnten zukünftig aufgrund ihrer Mobilität von der Galerie als Sprecher*innen in neu konstituierte Arenen wechseln, sich selbst aus ihrer Publikumsrolle lösen und zu Sprecher*innen bzw. gar zu Gatekeeper*innen aufsteigen, wodurch traditionelle, im nationalstaatlichen Kontext etablierte Machtstrukturen an Bedeutung verlieren könnten (vgl. Hanieh 2015a: 72). Dieser Ansatz könnte dazu beitragen, „cross-regional solidarity“ für die Anliegen der Migranten zu wecken, die unter solchen Voraussetzungen als „allies and integral part of the Arab world“ und darüber hinaus angesehen werden könnten (Hanieh 2015b: 230), womit die kosmopolitische Dimension von Migration als historische Konstante translokaler Netzwerke stärker berücksichtigt werden könnte (vgl. Vora 2013: 173). Transmigranten als Mitglieder einer translokal sichtbaren Diaspora könnten die Ressourcen erlangen, als raumübergreifende Akteur*innen zu agieren. Solche Räume lassen sich als mediatisierte Arenen verstehen, in denen die Kommunikation von Diasporas miteinander, mit anderen und übereinander auf realer und virtueller Ebene stattfindet (vgl. Georgieu 2011: 219).

Noch werden solche entgrenzten und deterritorialisierten Arenen allerdings von klassischen Gatekeeper*innen kontrolliert, da in der Kanalisierung und Organisation von Migration aus Pakistan nach Saudi-Arabien immer noch nationale Stimmen und Interessen dominieren: Diese Gruppen wollen – wie beschrieben – ihre Deutungshoheit über den „Raum“ Migration nicht aufgeben

und zeigen daher kein Interesse daran, neuen Sprecher*innen aus der Diaspora Eingang in die Arenen zu gewähren bzw. parallele Arenen entstehen zu lassen. Deswegen bleiben Akteuren wie Khalli Walli Zugänge zu klassischen Massenmedien versagt.

Doch je mehr sich auf nationaler Ebene eine neue Arena zu Migration konstituiert, in der die untersuchten Öffentlichkeitsakteur*innen eine einflussreiche Position als Sprecher*innen einnehmen, umso größeres Potenzial besteht für eine Translokalisierung und eine Deterritorialisierung dieser Arena. Je mehr sich eine translokale Verdichtung von Diaspora, pakistanischen und saudischen Öffentlichkeitsakteur*innen entwickelt, umso größer sind die Chancen, eine komplexe und differenzierte Arena zu Migration zu entwickeln, in der eine breitere Diskussion um Migration außerhalb der tradierten Narrative stattfinden kann. Als Ergebnis könnte ein Teilbereich der translokalen Öffentlichkeit zwischen Saudi-Arabien und Pakistan entstehen, in der neue Sprecher neue Zugänge erhalten und alternative Themen zur Verhandlung stellen. Die sich daraus entwickelnde Wucht als „starke“ Öffentlichkeit könnte den Druck auf traditionelle Gatekeeper*innen erhöhen, die bestehenden Missstände zu Migration besser zu artikulieren und in der Folge auch zu revidieren. Bei einer solchen Entwicklung könnten neue virtuelle und reale Arenen entstehen, in denen Migration als komplexes, ambivalentes und widersprüchliches Phänomen sichtbar wird und in der neue translokale Akteur*innen Eingang finden, die vermachene Arenen herausfordern oder verändern und selbst zu einflussreichen Sprecher*innen aufsteigen.

